

Mehrheitlicher Beschluss Nr. 38-2025 (21. Legislaturperiode) des Beirates Osterholz

Der Beirat Osterholz beschließt:

Der Beirat setzt sich dafür ein, dass die Grund- und Menschenrechte aller Menschen geschützt werden.

Die aktuellen politischen Entwicklungen zeigen, dass es eine ständige Aufgabe bleibt, Demokratie zu schützen, auch in Kommunalparlamenten und Ortsbeiräten.

Dort müssen Antifaschismus und Antirassismus klar kommuniziert und gelebt werden.

Daher schließt der Beirat Osterholz eine Zusammenarbeit, die Unterstützung sowie die aktive Förderung von Organisationen, Initiativen, Gemeinschaften und Parteien aus, die antidemokratische Interessen vertreten und gegen das Grundgesetz verstoßen.

Antidemokratisches Verhalten hat keinen Platz im Beirat Osterholz.

Bremen, 24.03.2025

gez. Kemp
(SPD-Fraktion)

gez. Krauskopf
(CDU-Fraktion)

gez. Dillmann
(GRÜNE-Fraktion)